

Frau Bürgermeisterin
Herren Bürgermeister
der Städte und Gemeinden
im Kreis Warendorf

sowie: Mitglieder des Kreistages

Gemeinde Ostbevern

01. SEP. 2008

Amt:

Datum

28.08.2008

Kämmerer
Dezernent I

Auskunft erteilt
Herr Dr. Funke

Zimmer
D4.42

Telefon
(0 25 81) 5381 00

Fax
(0 25 81) 53 98100

E-mail
stefan.funke@kreis-warendorf.de

Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2009

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kammann,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,

mit der Vorstellung der Eckdaten zum Kreishaushalt 2009 leite ich das Beteiligungsverfahren der Städte und Gemeinden bei der Aufstellung der Haushaltssatzung 2009 gem. § 55 KrO NW ein. Nach der **Einbringung** des Kreishaushaltes im Kreistag am **26.09. d. J.** werde ich Ihnen den Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen zuleiten.

Die Vorbereitungen zum Haushalt 2009 stellen sich derzeit wie folgt dar:

1. Externe Rahmenvorgaben und Herausforderungen

Der Haushalt 2009 des Kreises ist bereits der **Dritte**, der nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (**NKF**) aufgestellt wird. Immer wieder stellten sich im Verfahren der Haushaltsaufstellung Fragen, für die – teils aufwendig – erstmals Antworten erarbeitet werden mussten. Deshalb waren die frühen Termine für die Einbringung des Etats in den Kreistag und für dieses vorbereitende Eckdatenpapier durchaus ehrgeizig gewählt.

Hilfreich war allerdings, dass die **Eröffnungsbilanz** des Kreises zum Stichtag 01.01.2007 von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und dem Rechnungsprüfungsausschuss geprüft und mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk bereits am 14.12.2007 vom Kreistag festgestellt wurde. Die zwischenzeitliche Überprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Sprechzeiten:
8.30 – 12.00 u. 14.00 – 16.00 Uhr
freitags: 8.30 – 12.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Hausadresse:
Kreishaus Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf

Kommunikation:
Telefon: (02581) 53 0
Fax: (02581) 53 1099
E-mail: verwaltung@kreis-warendorf.de
Internet: www.kreis-warendorf.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 · Kto 2683
IBAN: DE59 4005 0150 0000 0026 83
BIC: WELADED1MST

Sparkasse Beckum-Wadersloh
BLZ 412 500 35 · Kto 1 000 017

Volksbank Beckum
BLZ 412 600 06 · Kto 100 487 100

Postgloamt Dortmund
BLZ 440 100 46 · Kto 225 63-462

hat keine Beanstandungen ergeben. So stellt die Eröffnungsbilanz ein **solides Fundament** für die daraus abgeleiteten Positionen in der Haushaltsplanung dar. Die Fortschreibung der Eröffnungsbilanz erfolgte durch den **Entwurf des Jahresabschlusses 2007**. Dieser wurde bis zum Juli d. J. von der Kämmererei erarbeitet und vom Kämmerer aufgestellt sowie anschließend von mir am 29.07. bestätigt und den Mitgliedern des Kreistages zur Feststellung zugeleitet. Ich habe Ihnen ebenfalls ein Exemplar übersandt. Die Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss und das Rechnungsprüfungsamt findet derzeit statt. Vielfältige Erfahrungen aus dem Jahresabschluss sind in die Aufstellung des Haushaltes 2009 eingeflossen.

Die Ansätze des Kreishaushaltes 2009 werden von den folgenden **vier Entwicklungen** mit enormer haushaltswirtschaftlicher Bedeutung maßgeblich geprägt sein:

- **Kostenbeteiligungen und Zuschüsse des Landes und des Bundes** zu einigen großen Sozialleistungen brechen im Jahr 2009 erheblich ein. Das Fehlen der Erträge geht noch dazu einher mit einem teilweise ungebremsten Anstieg von Sozialleistungen.
- Die **"Potsdamer Tarifeinigung"** für die Beschäftigten vom 31.03.2008 wird den Personalhaushalt 2009 stark belasten. Hinzu kommen Besoldungssteigerungen für die Beamten und die hierdurch zwangsläufig erhöhten Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen.
- Die in den vorangegangenen Jahren ganz erhebliche Steigerung der **Steuerkraft** der kreisangehörigen Städte und Gemeinden hat sich in der Referenzperiode für den Haushalt 2009 spürbar verlangsamt. Zudem hat das Land im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2009 (GFG) die **Schlüsselzuweisungen** lediglich um 2,1 % erhöht.
- Das Kinderbildungsgesetz (**Kibiz**), das eine quantitativ und qualitativ erweiterte Kindergartenlandschaft vorsieht, führt zu einem weiter deutlichen Ansteigen der Betriebskostenzuschüsse an die freien und kommunalen Träger der Tageseinrichtungen. Dies ist über die Jugendamtsumlage von den beteiligten Städten und Gemeinden aufzubringen.

1.1 Ertragseinbrüche bei Kostenbeteiligungen

In 2007 hat der Kreis aus der Verteilung der **Landesersparnis bei den Wohlgeldausgaben** im Zuge der Hartz IV-Reformen einen Betrag in Höhe von rd. 6,9 Mio. € erhalten. In der Verteilmasse des Landes war ein

Abrechnungsbetrag aus Vorjahren enthalten, so dass das Land für 2008 einen geringeren Betrag in Aussicht stellte. Danach wurden im Haushalt 2008 6,0 Mio. € veranschlagt. Ein erster, noch durch das zuständige Fachministerium zu überprüfender Bescheid, sieht lediglich 5,26 Mio. € vor. Die vom Land kalkulierte Verteilmasse für 2009 soll erneut um etwa 5 % deutlich geringer ausfallen. Es **fehlen** damit über **1 Mio. €** gegenüber der Veranschlagung 2008.

Zudem wird der Bund die **Beteiligungsquote an den Kosten der Unterkunft und Heizung** im Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende von 28,6 % im Jahr 2008 um voraussichtlich 3 %-Punkte senken. Bei den geschätzten Aufwendungen für Unterkunft und Heizung in Höhe von rd. 29,3 Mio. € bedeutet dies einen gegenüber 2008 um **etwa 1,3 Mio. € verringerten Zuschuss des Bundes**.

Die Kreise haben an beiden Kürzungen erhebliche Kritik geübt.

1.2 Belastungen des Personaletats

Der **Tarifabschluss** wirkt sich in 2008 für die rd. 480 tariflich Beschäftigten der Kreisverwaltung mit fast +1,0 Mio. € auf den Kreishaushalt aus. Eingeplant waren lediglich rd. + 450 T€, was einer linearen Anhebung von 2,0 % entspricht. Dieser Basiseffekt und die vereinbarte weitere Gehaltssteigerung für 2009 belasten den Kreishaushalt mit weiteren **rd. 1,2 Mio. €** gegenüber dem Personaletat 2008. Die vom Landesgesetzgeber beabsichtigte Anhebung der **Besoldung** ab Anfang 2009 würde für die rd. 225 Beamten einen weiteren Mehraufwand von **etwa 400 T€** ausmachen. Diese Haushaltsbelastungen lassen sich aufgrund der Aufgabenfülle nicht durch Stelleneinsparungen kompensieren. Vielmehr ist es nach einem intensiven Konsolidierungskurs im Personalbereich nunmehr unabwendbar, per Saldo 5,5 neue Stellen im Stellenplan 2009 einzurichten und über den Personalhaushalt zu finanzieren.

Nach den Berechnungen der Firma Heubeck AG zur notwendigen Höhe der **Rückstellungen für Pensionen** (rd. 75 Mio. €) und **Beihilfen** (rd. 21 Mio. €) ist darüber hinaus eine Netto-Zuführung im Umfang von 3,0 Mio. € zu veranschlagen. Diese Summe deckt auch eine Besoldungserhöhung von 1 % ab. Besoldungserhöhungen wirken sich in dem Jahr des Beschlusses durch den Landtag auf die Pensionsrückstellungen aus, so dass die Erhöhung für 2009 – soweit sie noch in 2008 beschlossen wird – im Jahresabschluss 2008 berücksichtigt werden muss. Die Zuführung allein zu den Pensionsrückstellungen für die aktiven Beamten erhöht sich von veranschlagten 740 T€ in 2008 auf voraussichtlich 2,19 Mio. € in 2009 (**+ 1,45 Mio. €**). Eine 1%-ige Besoldungserhöhung wirkt sich zudem mit etwa + 750 T€ auf die zu bildende Rückstellung aus.

Insgesamt steigt der **Personalaufwand** einschließlich der zahlreichen NKF-bedingten Rückstellungsveränderungen **um 3,1 Mio. € auf 40,4 Mio. €**.

1.3 Gebremster Anstieg der Finanzkraft

Die **Steuerkraft** der kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist in der Referenzperiode des GFG 2009 (01.07.2007 – 30.06.2008) um **+ 3,9 %** gestiegen (Steuerkraftmesszahlen). Nach dem exorbitanten Anstieg in der Vorjahresperiode von rd. + 16,5 % ist dies ein deutlicher und die Umlagegrundlagen belastender Rückgang. Im langjährigen Vergleich ist diese Steigerungsrate aber überdurchschnittlich. Vor allem auf Grund der stark schwankenden Gewerbesteuer sind allerdings die Steigerungsraten in den Städten und Gemeinden höchst unterschiedlich. Sie reichen von - 11,8 % in Ahlen bis + 20,0 % in Sendenhorst. Der landesdurchschnittliche Steigerungssatz der Steuerkraft liegt im Vergleich bei + 4,0 %.

1.4 Kindertagesbetreuung beherrscht Jugendamtsumlage

Die neuen Strukturen der Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen durch das Kibiz und das Wahlverhalten der Eltern hinsichtlich des Betreuungsumfanges führen schon im Kreishaushalt 2008 zu einem Mehraufwand von saldierten rd. 1,8 Mio. €. Die inzwischen bekannte Betreuungssituation im Kindergartenjahr 2008/09 sowie die Prognosen für das darauffolgende Kindergartenjahr erfordern nochmals um voraussichtlich + 3,4 Mio. € erhöhte Betriebskostenzuschüsse. Nach Abzug der erwarteten Landeszuwendungen (11,5 Mio. €) und Elternbeiträge (4,5 Mio. €) verbleiben für den Kreis über die Jugendamtsumlage zu deckende **11,75 Mio. € Zuschussbedarf**. Das übertrifft 2008 um rd. 1,7 Mio. €.

Für den Ausbau der Betreuung insbesondere der **unter dreijährigen Kinder** wird der Ansatz für die **Tagespflege** um rd. 300 T€ angehoben. Neben dem Ausbau der Tagespflegeverhältnisse entstehen die Kosten auch durch die hälftige Übernahme der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sowie die beabsichtigte Anhebung des Betreuungssatzes von 3,00 € auf 4,00 € je Stunde und betreutem Kind. Letzteres halte ich für erforderlich, da der Bundesgesetzgeber die Sozialversicherungs- und Steuerpflicht für Tagespflegepersonen ab 2009 einführen wird.

Zudem wirken sich bei einigen Leistungen, insbesondere bei den flexiblen erzieherischen Hilfen (+ rd. 100 T€) und bei den außerfamiliären Hilfsformen (+ rd. 160 T€) die **Tarifsteigerungen** im öffentlichen Dienst belastend aus, da die bestehenden Verträge mit den Trägern dieser Leistungen eine Personalkostenerstattung vorsehen.

Insgesamt erhöht sich der durch die **Jugendamtsumlage** zu deckende Betrag um rd. + 2,3 Mio. € oder fast + 10 % auf etwa 25,8 Mio. €.

2. Überblick über den Entwurf des Erfolgsplans 2009: Die zentralen Finanzzeckwerte, der Haushaltsausgleich und die Finanzierung des Jugendamtes

Eine sparsame, knapp kalkulierte Ansatzbildung bei den Aufwandspositionen der annähernd 100 Produkte des Kreishaushalts und eine bisweilen optimistische Schätzung der Ertragspositionen zeigt im heutigen Stadium der Haushaltsaufstellung bei einem Volumen des Ergebnisplans 2009 in Höhe von rd. 227 Mio. € (Vorjahr: rd. 208 Mio. €) eine **Ertragslücke** – ohne Jugendamt – in Höhe von **rd. 107,7 Mio. €**, die über die allgemeine Kreisumlage zu decken ist.

Seit Mittwochnachmittag dieser Woche (27.08.) liegt die **1. Modellrechnung** zum Entwurf des GFG 2009 vor. Das Innenministerium weist explizit darauf hin, dass diese Modellrechnung einen ersten Orientierungsrahmen für die Haushaltsplanungen der Kommunen darstellt und die Landesregierung nach Feststellung des – vermutlich verbesserten – tatsächlichen Steueraufkommens für den gesamten Referenzzeitraum bis zum 30.09.2008 den Gesetzentwurf mit einer Ergänzungsvorlage anpassen wird. Anschließend wird eine neue Modellrechnung erstellt.

Dem Entwurf des Kreishaushaltes liegen die nunmehr bekannt gegebenen Daten der 1. Modellrechnung zugrunde. Danach **erhöhen sich die Schlüsselzuweisungen an den Kreis um rd. 670 T€ auf 27,6 Mio. € (= + 2,5 %)**. Die **Finanzkraft** Ihrer Kommunen steigt um **rd. 3,8 %** auf 291,97 Mio. (= Umlagegrundlagen). Hieraus errechnet sich bei dem aktuellen Satz der allgemeinen Kreisumlage von 36,0 % ein Umlagevolumen in Höhe von 105,1 Mio. € und damit rd. 3,9 Mio. € mehr als im laufenden Jahr 2008. Dieser Betrag reicht allerdings nicht aus, um den Finanzbedarf des Kreishaushaltes 2009 zu decken. **Zum originären Ausgleich des Kreishaushaltes sind weitere rd. 2,6 Mio. € an Kreisumlage erforderlich. Hierzu muss der Satz der allgemeinen Kreisumlage um 0,9 %-Punkte angehoben werden.**

Aus diesem Aufkommen ist unmittelbar ein Betrag von **fast 1,7 Mio. € als Umlage an den LWL** abzuführen, wenn – wie aus der Leitung des LWL mitgeteilt wurde – der Umlagesatz 2009 im Etatentwurf mit 14,6 % auf dem Vorjahresniveau **konstant** gehalten wird. Die LWL-Umlage beläuft sich dann auf rd. 46,7 Mio. € und macht damit etwa 43% der Kreisumlage aus.

Die Mehrbelastung des Haushaltes 2009 gegenüber dem Vorjahr war bereits allgemein **erwartet**. Ich habe hierauf und auf die Notwendigkeit eine Reserve zu bilden im Zuge unserer Diskussion über den Erlass von 4,1 Mio. € bei der Kreisumlage Ende vergangenen Jahres hingewiesen.

Im Umfang von 7 Mio. € wird das Haushaltsvolumen übrigens sowohl im Ertrag als auch im Aufwand von Zuwendungen aus dem **Investitionsprogramm zum Ausbau der Betreuungsplätze** für Kinder unter 3 Jahren bestimmt.

Die **bilanziellen Abschreibungen** werden mit knapp 7,0 Mio. € rd. 100 T€ über dem Ansatz 2008 liegen. Das Pendant durch die Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuwendungen erreicht einen Umfang von 4,1 Mio. €, so dass sich die Nettobelastung abzüglich der geplanten ordentlichen Tilgung von Krediten (2,3 Mio.), die in der kameralen Welt die Zuführung zum Vermögenshaushalt bestimmte, auf rd. 0,6 Mio. € beläuft.

Im Bereich der **Sach- und Dienstleistungen** schlagen die drastischen Steigerungen für **Energiekosten** auch im Kreishaushalt bei Strom und Heizung mit rd. 100 T€ sowie im Fuhrpark der Bauhöfe, der Rettungswachen und der Verwaltung zu buche. Die gegenüber der Kameralistik geänderten Kriterien der Zuordnung von Bau- und Beschaffungsmaßnahmen zwischen Investitionen im Finanzplan und Aufwand im Ergebnisplan führen zu einer **Verschiebung von Ansätzen in den konsumtiven Ergebnisplan**: bei der Unterhaltung von Gebäuden mit etwa 150 T€, von Straßen mit rd. 280 T€ und bei den Beschaffungen von Büro- und Geschäftsausstattung gemäß dem sogenannten Festwertverfahren mit rd. 230 T€.

Im **sozialen Aufgabenbereich** werden Steigerungen vor allem bei der **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen (+ 300 T€), der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** (+ rd. 650 T€) und bei der **Eingliederungshilfe** für Menschen mit Behinderungen (+ rd. 210 T€) erwartet. Die vom Bund beabsichtigte Kürzung der Erstattung für die seit 2003 auf die Kommunen übertragene Grundsicherung im Alter wurde hingegen zurückgenommen. Ab 2009 wird eine über mehrere Jahre steigende Quote – zunächst 13 % bis 16 % in 2012 – der Nettoaufwendungen des Vorjahres kreisscharf erstattet. Dies sind gut 550 T€ mehr als für 2008 eingeplant.

Bei den Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)** wird – mit etwas Optimismus – mit einem Aufwand von rd. 29,8 Mio. € kalkuliert. Dieser Ansatz liegt um rd. 1,1 Mio. € unter dem Ansatz 2008. Die Leistungsbeteiligung an den **Kosten der Unterkunft und Heizung** als größte Einzelposition wird im Ansatz von 30,3 Mio. € auf **29,3 Mio. €**

reduziert. Diese Ansatzsenkung setzt voraus, dass die derzeit erreichte Zahl der Bedarfsgemeinschaften von rd. 8.000 nicht wieder ansteigt.

Die Leistungen im **Pflegebereich** können mit Blick auf die Entwicklung von Fallzahlen und Kosten in diesem Jahr im Haushalt 2009 leicht um fast 200 T€ auf dann rd. 11,7 Mio. € gesenkt werden.

Die **Bildungspauschale** in Höhe von geringfügig gestiegenen rd. 1,45 Mio. € soll in 2009 mit 1,25 Mio. € im Ergebnisplan veranschlagt werden und im zweiten Jahr die umfangreiche Sanierung des Berufskollegs des Kreises in Beckum am Standort Hansaring mitfinanzieren.

Der Kreishaushalt wird erneut ganz erheblich durch die **Zuschüsse der Gemeinnützigen Kulturfördergesellschaft des Kreises Warendorf** (GKW) entlastet. Aus den Dividendenerträgen der RWE-Aktien im Stand der GKW werden auch in 2009 der Betrieb des Kulturguts Haus Nottbeck getragen sowie die Kreiszuschüsse für das Museum Heimathaus Telgte und die Musikschule vollständig übernommen, damit diese kulturellen Einrichtungen nicht in ihrer Existenz gefährdet werden. Darüber hinaus bezuschusst die GKW wie in den vergangenen Jahren einige Projekte des Museums Abtei Liesborn und zusätzlich den gesamten Betrieb und die bauliche Unterhaltung der Kultureinrichtung. Insgesamt stehen für diese gemeinnützigen kulturellen Zwecke unter der Annahme einer leicht ansteigenden Dividendenhöhe **rd. 1,8 Mio. €** zur Verfügung.

Der Satz der Jugendamtsumlage muss nach derzeitigem Kenntnisstand um 0,8 %-Punkte auf 16,2 % angehoben werden. Der Bedarf an Umlage liegt bei rd. 25,8 Mio. € und damit rd. 2,3 Mio. € über den Ansätzen 2008.

3. Voraussichtlicher Sachstand des Finanzplans

Der sogenannte Finanzplan im NKF Haushalt erfasst mit den geplanten Einzahlungen und Auszahlungen die **Zahlungsströme**, also die Liquiditätsentwicklung des Kreises. Er beinhaltet deshalb die Auszahlung für Investitionen – und ermächtigt hierzu – sowie die Neuaufnahmen und Tilgungen von Krediten. Methodisch wird er aus dem Ergebnisplan überführt. § 75 Abs. 6 GO n. F. verlangt, dass die Liquidität einschließlich der Finanzierung der Investitionen sicherzustellen ist.

Der Finanzplan leidet ganz erheblich unter der **zeitlich verzögerten Bewilligung von Landeszuwendungen** zu den bedeutsamen Straßenbauprojekten.

Die Auszahlungen für **Investitionen** summieren sich auf rd. 6,3 Mio. € (2008: 9,5 Mio. €). Abzüglich der Zuwendungen, die mit nur 2,1 Mio. €

realistisch veranschlagt sind, wirken sie sich mit rd. 4,2 Mio. € auf den Finanzplan aus. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt auch in 2009 mit insgesamt rd. 3,4 Mio. € (Vorjahr rd. 2,8 Mio. €) im Straßenbau.

Am Ziel, die **langfristigen Kredite** des Kreises jährlich im Umfang von 1 Mio. € abzubauen, soll auch in 2009 festgehalten werden.

Evtl. Liquiditätsengpässe im Verlauf des Jahres 2009 sollen durch **Kassenkredite** überbrückt werden.

Auch wird im Haushalt 2009 das Ziel weiter verfolgt, einen angemessenen **Kapitalstock** aufzubauen, aus dem in späteren Jahren die erhöhten Versorgungsleistungen gezahlt werden können. Hierzu soll erneut ein Betrag in Höhe von **etwa 2 Mio. €** angespart und als Liquidität verfügbar gehalten werden.

Für den **Erwerb von Anlagevermögen** einschließlich dem Grunderwerb für den Straßenbau (250 T€) sind gut 2,3 Mio. € investiv veranschlagt. Als größte Einzelposition sieht der Haushalt 2009 530 T€ für den Aufbau einer Digitalalarmierung im Rettungsdienst vor.

Die **Einzahlungen für Investitionen** summieren sich auf rd. 2,1 Mio. €. Davon entfallen rd. 635T€ auf die Investitionspauschale des Landes, 200 T€ auf den investiven Anteil an der Bildungspauschale und etwa 1,2 Mio. € auf Zuwendungen für den Straßenbau.

4. Weiteres Verfahren und Ausblick

Dieses Schreiben werde ich – wie in jedem Jahr – ebenfalls den Mitgliedern des Kreistages zur Information zukommen lassen.

Damit ich Ihre **Anregungen** zum Kreishaushalt 2009 vor der Einbringung in den Kreistag am 26.09. d. J. berücksichtigen kann, sollten mir diese **bis zum 16.09.2008** vorliegen. In der gemeinsamen Dienstbesprechung am 09.09.2008 werden wir uns vereinbarungsgemäß mit den Eckdaten befassen. Auch für weitere Gespräche halten der Kämmerer und ich uns gerne bereit.

Ich hoffe natürlich, dass Sie diese Eckdaten nachvollziehen und sie auch akzeptieren können. Wir wussten aus den gemeinsamen Diskussionen über den Kreishaushalt 2008, dass sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2009 leicht verschlechtern würden.

Ich wünsche mir mit Ihnen, dass sich die in diesem Jahr 2008 doch insgesamt recht gute Entwicklung des Steueraufkommens Ihrer Städte und

Gemeinden auch im nächsten Jahr fortsetzen wird. Für den Kreishaushalt 2009 wäre es schön, wenn die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit auch im nächsten Jahr dafür sorgt, dass sowohl die Zahl der Hilfeempfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende wie auch die tatsächlich zu übernehmenden Kosten der Unterkunft und Heizung nicht wieder ansteigen, vielmehr ein weiterer Rückgang der Hilfeempfänger die dramatischen Energiepreiserhöhungen kompensieren kann.

Sollte es dem LWL für 2009 möglich sein, den Umlagesatz zu senken und treten keine weiteren Verschlechterungen im Kreishaushalt auf, versichere ich Ihnen, Entlastungen an Sie weiter zu geben. Analoges gilt für Verbesserungen bei den Zuweisungen aus dem GFG.

Wir freuen uns auf einen intensiven und fruchtbaren Austausch über die Haushaltsentwicklung und die skizzierten Eckdaten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Olaf Gericke